

Profile der Weltpolitik

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **45 (1966)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **23.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Eine menschliche Gesellschaft kann jedoch ohne einen gewissen Zwang nicht existieren. Er ist eine Kraft, die im menschlichen Zusammenleben ähnlich wirkt wie die Schwerkraft im Universum. Jeder Gegenstand, den man nicht stützt, fällt zu Boden. Das mag gelegentlich unbequem oder gar verhängnisvoll sein, aber ohne die Schwerkraft können wir überhaupt nicht existieren . . . Ein gewisses Minimum an Reibung ist notwendig, oder jede Bewegung kommt zum Stillstand. Ähnlich verhält es sich mit dem Zwang in der freien Gesellschaft.»

Diese Gedankengänge sind für uns Sozialdemokraten nicht neu; neu ist für uns höchstens, dies in der «NZZ» nachzulesen. Lange genug wurde die sozialdemokratische Politik von dem ZFP verketzert mit dem Argument, sie fördere den «Zwang» und die «Zwangswirtschaft», was im Widerspruch zum Freiheitsprinzip stehe. Nun werden die Thesen des ZFP durch die «NZZ» selbst widerlegt. Jedenfalls haben wir den zitierten Äußerungen von Salvador de Madariaga nichts beizufügen, es sei denn die Bemerkung: Das Geschwätz vom Zwang als Ergebnis sozialdemokratischer Politik sollte stets nur von der Tatsache ablenken, daß zum Schutz gewisser gesellschaftlicher Privilegien ständig Zwang ausgeübt wird.

Es wäre nun nachgerade an der Zeit, daß der ZFP daran ginge, im Gespräch mit andern Parteien gewisse Schablonen abzubauen und den Nachweis zu erbringen, daß das Bekenntnis zu «wacher geistiger Selbstkontrolle und intellektueller Redlichkeit» («NZZ» Nr. 3185) ernst gemeint ist.

Profile der Weltpolitik

«Vorwärts», sozialdemokratische Wochenzeitung, Bonn: «Seit der Kubakrise ist die Welt nicht mehr so nahe an den Abgrund des Krieges gerückt. Damals ging es um die direkte Konfrontation der beiden Weltmächte. Chruschtschew und Kennedy legten den Konflikt in letzter Minute in unmittelbarem Kontakt bei. Doch diese Möglichkeit fehlt im Vietnamkonflikt. Dessen Zuspitzung ist um so gefährlicher.»

«Weltwoche», Zürich: «Je länger der Krieg dauert, um so auswegloser scheint die Lage zu werden. Das ist das verhängnislose Fazit, das man aus den Ereignissen der letzten Wochen ziehen muß.»

Die Amerikaner haben mit der Bombardierung der Industriezonen Hanoi und Haiphongs eine neue verschärfte Phase des Krieges in Vietnam eingeleitet. Sie versuchten vergeblich, die Weltöffentlichkeit zu beruhigen, daß keine Zivilpersonen direkt betroffen wurden. Hanoi drohte, die gefangenen amerikanischen Piloten es sind mindestens 60, nicht als Kriegsgefangene zu behandeln, sondern als Terroristen und Kriegsverbrecher zu verurteilen. Hanoi wies darauf hin, daß Amerika Nordvietnam nie formell den Krieg er-

klärt hat, daß also die Satzungen der Genfer Konvention keine Anwendung finden könnten. Eine Verurteilung und Hinrichtung der Piloten wäre ein menschliches Drama, eines von vielen in Vietnam, aber zugleich ein Politikum, das Amerika zwingen müßte, weitere Maßnahmen zu ergreifen, und das dazu führen müßte, daß in den USA selber jene Stimmen weiteren Einfluß gewinnen würden, die für einen harten Krieg selbst mit Atomwaffen plädieren und die auch eine Auseinandersetzung mit China befürworten.

Es fehlt nicht an mahnenden Stimmen und willigen Vermittlern. Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi hat in Moskau vorgesprochen, denn der Schlüssel zu einer Lösung im Vietnamkonflikt liegt in Washington und Moskau. Frau Gandhi hatte keinen Erfolg, aber ebensowenig Harold Wilson, der versuchte, die Indochina-Konferenz von 1954 wieder einzuberufen. Großbritannien und die Sowjetunion sind Ko-Präsidenten dieser Konferenz. Aber auch Wilson erhielt ein Njet zur Antwort. Seine Bemühungen waren allerdings nicht ganz vergeblich, denn wie keinem andern Staatsmann widmete man ihm viel Zeit im Kreml, so daß anzunehmen ist, daß Wilson wenigstens genau weiß, wie schwierig die Situation ist. Das macht ihn zu einer Schlüsselfigur, besonders weil er auch mit Johnson zusammentraf.

Es besteht trotz allen Bemühungen sehr wenig Hoffnung auf eine baldige Lösung in Vietnam, im Gegenteil, die Befürchtungen wachsen, der Konflikt könnte sich verhängnisvoll ausweiten. – Aber vielleicht siegt doch noch die Vernunft!

Gleichberechtigung im All

Es ist durchaus möglich, ja wahrscheinlich, daß die USA das ihnen von Präsident John F. Kennedy gesteckte hohe Ziel erreichen, noch in diesem Jahrzehnt den ersten Menschen auf dem Mond zu landen. Sie sind auf dem besten Weg dazu. Die weiche Landung des Satelliten Surveyor 1 war ein Triumph und ein verheißungsvoller Anfang. Spaziergänge im All werden von der Öffentlichkeit kaum mehr als Sensation empfunden, sie werden «Alltäglichkeiten» wie die Gemini-Flüge überhaupt.

Wenn es beinahe wahrscheinlich ist, daß bis zum Jahre 1969 oder 1970 der erste Amerikaner auf dem Mond landet und auf dem Erdtrabanten spazieren geht, so ist leider weniger wahrscheinlich, daß bis zu diesem Zeitpunkt ein amerikanischer Neger im Staate Mississippi spazieren gehen kann, ohne daß er riskieren muß, eine Schrotladung in den Kopf zu bekommen. Der Mond und das Weltall scheinen sicherer als Mississippi oder Alabama.

Ist der Erfolg der Geminis und des Survejer ein unerhörter Triumph der amerikanischen Raumfahrt, so ist der fast gleichzeitig erfolgte Anschlag auf den Bürgerrechtskämpfer James Meredith eine tiefe Schmach für «das Land der unbegrenzten Möglichkeiten». Eine tiefe Kluft herrscht zwischen den Leuten «auf dem Mond» und jenen «hinter den Wäldern». Welchen Grund hatte

der arbeitslose Weiße James Norvell, jene Schrotladung abzufeuern, die Meredith verletzte? Er wußte es selber nicht. Es ist Haß, urtiefer jahrhundertalter Haß. Niemand hat vernünftige Gründe, auch Gouverneur Roß Barnett hatte sie im September 1962 nicht, als er die Immatrikulation Merediths an der Universität von Oxford verhindern wollte. Aber Präsident Kennedy und sein Bruder, der damalige Justizminister Robert Kennedy hatten ihre Gründe, mit 30 000 Soldaten Meredith zu seinem Recht zu verhelfen und ein unerhörtes Exempel zu statuieren. «Selbst wenn es mir meine Wiederwahl kosten sollte», sagte damals John F. Kennedy. Er kannte den Haß und fiel ihm selber zum Opfer, aber der Einsatz war nicht umsonst.

Meredith machte seine Studien und war Tag und Nacht bewacht, aber er hielt durch und machte sein Diplom. Dann kehrte er Mississippi den Rücken, jenen Rücken, dem man ihm nun zur Begrüßung nach vier Jahren mit Schrotkugeln durchlöcherte. Meredith war in Afrika, er war in Europa, wo ich ihn vor zwei Jahren bei einer Betriebsbesichtigung in Dortmund traf. Sein Studium in Mississippi war nicht spurlos an ihm vorübergegangen, er war melancholisch, nachdenklich, zurückgezogen, aber voller Hoffnung und Ueberzeugung.

Diese Hoffnung und Ueberzeugung ließ ihn zum Mitstreiter Martin Luther Kings werden, der immer wieder zum gewaltlosen Kampf für die Gleichberechtigung aufrief, mit friedlichen Märschen und Demonstrationen. Aber die Schrotladungen von Leuten wie Norvell erreichen leider ihr Ziel, die Anhängerschaft Kings und Merediths wird zusehends kleiner, die Neger greifen auch zu den Waffen wie in den Großstädten Neuyork und Chicago, der Kampf wird erbitterter und härter, er wird blutig und haßerfüllter. Auch Meredith erklärte nach dem Attentat in tiefer Niedergeschlagenheit, er werde nur noch mit der Waffe in der Hand nach Mississippi zurückkehren.

Mit dem Gemini-Flügen, der weichen Surveyor-Landung und dem Meredith-Attentat fielen zwei andere Ereignisse fast zusammen: Die blutige, machtrünstige Demonstration des Schwarzen Mobuto im Kongo, der allen jene Argumente liefert, die die Neger noch immer als Minderwertige, als Medizinmänner und Menschenfresser betrachten, aber gleichzeitig weilte auch Senator Robert Kennedy in Afrika und verkündete ausgerechnet in Südafrika das hohe Lied von der Gleichberechtigung aller Rassen.

Der Haß wird leider noch viele Opfer fordern, aber vielleicht wird doch die Vernunft siegen. Eines Tages wird es möglicherweise nicht gefährlicher sein, als Neger nach Mississippi oder Alabama zu marschieren, als auf dem Mond zu landen. Ein Trost bleibt den Farbigen: Die amerikanischen Raumrechtler befassen sich bereits mit der Möglichkeit des Zusammenstoßes von Menschen im All mit Lebewesen anderer Planeten. Für diesen Fall hat man tröstlicherweise folgenden Paragraphen in der Schublade bereit: Die Rassen des Universums sind gleichberechtigt.»

Das Friedenskorps

Es war nur eine kleine Pressenotiz, die, wenig beachtet, in verschiedenen Zeitungen erschien: «Für den Einsatz in Entwicklungsländern will Oesterreich jetzt ebenfalls ein freiwilliges Entwicklungshelferkorps aufbauen. In einem Aufruf, der von den österreichischen Zeitungen abgedruckt wurde, wandten sich der österreichische Bundeskanzler Josef Klaus und der ehemalige sozialistische Außenminister Bruno Kreisky an die österreichische Jugend und forderten sie auf, in den Entwicklungshelferdienst einzutreten. Der freiwillige Dienst soll zwei bis drei Jahre dauern.»

Neben der Tatsache, daß dieser Aufruf erlassen wurde, ist an der Meldung bemerkenswert, daß zwei Persönlichkeiten beider großer Parteien ihn unterzeichnet haben. Der Aufruf ist also keine Parteipropaganda, sondern eine nationale Angelegenheit. Man spricht in Oesterreich von einem Entwicklungshelferkorps, das Vorbild ist aber unzweifelhaft das amerikanische Friedenskorps, das einen etwas attraktiveren Namen trägt. Das Friedenskorps wurde von Präsident Kennedy geschaffen, der den Vorschlag schon anlässlich einer Wahlkampfrede machte und ein unerwartet positives Echo unter den Studenten und jungen Leuten auslöste. Die ursprüngliche Idee stammte vom jetzigen amerikanischen Vizepräsidenten Hubert Humphrey, der ein «Jugendfriedenskorps» gründen wollte. Kennedy wollte aber das Korps auch Frauen und Interessenten jeden Alters offen halten und gründete das «Friedenskorps».

Das Friedenskorps war ein voller Erfolg, Sargent Shriver, dessen Leiter, konnte sich der Unterwanderung seiner Organisation durch den amerikanischen Geheimdienst erwehren, eine Unterwanderung, die dem Ansehen des Korps schweren Schaden zugefügt hätte. Ein amerikanischer Botschafter in Caracas beurteilte enthusiastisch: «Sie haben hier Wunder vollbracht, sie haben das Bild geändert, das sich die Venezolaner von den Nordamerikanern gemacht hatten. Vorher sahen die armen Venezolaner nichts als Amerikaner in Cadillac und glaubten, alle wären reich, egoistisch, gefühllos und reaktionär. Das Friedenskorps hat ihnen eine völlig andere Art Amerikaner gezeigt.»

Demokratie nicht gefragt

Zu wenig Wachsamkeit gegenüber den Kommunisten, Nachgiebigkeit gegenüber Peronisten: das sind die üblichen Vorwände in Argentinien, um einen gewählten Präsidenten zu stürzen. Die Militärs sind erschreckend phantasielos, südamerikanische Generäle fragen nicht nach der Demokratie. «Es ist immer das Militär, es ist eine Krankheit», klagte mir ein venezolanischer Diplomat bei einem Empfang in Bern, und es ist nicht erstaunlich, daß er so urteilte, denn sein Land hat die diplomatischen Beziehungen mit Argentinien

sofort abgebrochen, und sein Land ist eines der wenigen Lateinamerikas, das die Militärs im Zügel hält.

Nach Arturo Frondizi ist Arturo Illia der zweite vom Volk gewählte Präsident Argentiniens, der von den Militärs abgesetzt wurde, «weil sie die Ordnung wieder herstellen» wollten. Für südamerikanische Generäle ist Demokratie Unordnung, und einer der Opposition macht, weil das nun einmal in einer Demokratie erlaubt ist, ist zum voraus ein Kommunist. So einfach ist die Politik!

Südamerika ist nach wie vor ein brodelnder Vulkan, nur wenige Länder sind einigermaßen zur Ruhe gekommen, erstaunlicherweise jene, die die Institution der «Unordnung», eben die Demokratie, über Jahre hinaus beibehalten konnten. Es sind jene Länder, die soziale Probleme ernsthaft zu lösen trachten und versuchen, das Vertrauen des Volkes zum Staat zu stärken, jene Länder auch, in denen die Generäle wenig oder nichts zu sagen haben. Die Welt scheint den Umsturz in Argentinien als etwas ganz Selbstverständliches und Natürliches zur Kenntnis genommen zu haben, außer Venezuela, dessen Außenminister Ignacio Iribarra Borges den Umsturz als einen «schweren Schlag gegen die Demokratie in Lateinamerika» bezeichnete. Wo blieben die USA, die sich sonst so sehr dafür einsetzen, daß die legale Ordnung geschützt wird? Ließen sie sich überraschen von dem Staatsstreich, der schon im Frühjahr angekündigt worden war? Denn damals gaben die Generäle ein Communiqué heraus, worin sie mitteilen ließen daß sie keinen Umsturz planten!

Kirche und Staat in Polen

«Es gibt keine Rechtsgleichheit bei uns – der eine kann all die Verleumdung all den Schmutz werfen und der andere kann sich nicht einmal verteidigen und sein Gesicht abwischen.» Diese Worte stammen laut Aktion «Nie-mals vergessen» vom polnischen Kardinalprimas Wysinski und wurden letztes Jahr in der Warschauer Marienkirche gesprochen.

Der Konflikt zwischen Kirche und Staat kam anläßlich der kürzlichen Tausendjahrfeiern in Polen besonders zum Ausdruck weil die Kirche gesonderte Veranstaltungen durchführte. Auch bei der Pressekonferenz, die die polnische Botschaft in Bern kürzlich vor dem offiziellen Empfang zur Tausendjahrfeier gab, kam das Thema zur Sprache. Und weil der Text den Presseleuten schriftlich abgegeben wurde, kann der Passus über das Verhältnis Kirche–Staat in Polen als offizielle Stellungnahme der Regierung betrachtet werden. Es wird folgendes ausgeführt:

«Die Tausendjahrfeier des polnischen Staates hat das ganze Volk noch mehr konsolidiert und vereinigt. Man muß leider feststellen, daß ein gewisser Teil der katholischen Kirchenfürsten versucht, diese Einheit zu spalten und somit eine künstliche und nachteilige Aufteilung polnischer Bürger in Gläubige und Konfessionlose vornimmt. Unser Staat hat in der Verfassung

die volle Glaubensfreiheit aller Bürger garantiert und in der Praxis verwirklicht. Wir können jedoch nicht dulden, daß der Religionskultus als Instrument gegen den Staat und seine soziale Struktur ausgenützt werde. Wir können nicht zulassen, daß man offen die Grundsätze unserer Verfassung angreift, die die Trennung der Kirche vom Staate vorsieht, also einen Grundsatz, der in westlichen katholischen Ländern schon lange besteht.

Unser Staat kargt nicht mit Mitteln zum Bau neuer oder zum Aufbau alter Kirchen. Nach dem Kriege wurden aus staatlichen Mitteln 385, davon in Warschau 50 Kirchen erbaut. Wenn es im Jahre 1937 in Polen 7257 Kirchen gab, so sind es ihrer heute etwa 13 000. Im Lande wirken zwei katholische Hochschulen und 48 höhere geistliche Seminare.

Die staatlichen Behörden behindern keineswegs die Ausübung des religiösen Kultus. Es ist aber selbstverständlich, daß die Kirche keinen Staat im Staate bilden darf. Wie die Geschichte unseres Volkes lehrt, hatte eine solche Rolle der Kirche nachteilige Auswirkungen für den Staat und die Nation. -- und stellt übrigens in der heutigen Welt einen Anachronismus dar. Ein Teil der kirchlichen Hierarchie steht abseits der großen Anstrengungen des ganzen Volkes am Bau des neuen Polen. Die kirchliche Hierarchie scheut sich nicht, offen ihre feindliche Einstellung dem Staate gegenüber zur Schau zu tragen. Diese demonstrative Haltung hat nichts mit Seelsorge zu tun.»

Der Konflikt Katholische Kirche – Staat ist ein altes Thema. Das ganze Mittelalter wird von Kämpfen beherrscht, die sich darum drehen, ob der Staat das Primat über die Kirche oder umgekehrte habe. Diese Kämpfe endeten mit dem Sieg des Staates, der die katholische Kirche in ihre Schranken wies. Die letzten Auseinandersetzungen dieser Art spielten sich in Italien ab, wo der Klerus aber trotzdem noch einen großen Einfluß auf das staatliche Geschehen ausübt.

Im Presstext der polnischen Botschaft wird mit Recht darauf verwiesen, daß alle westeuropäischen Länder (mit Ausnahme Spaniens und Portugals, wo keine Religionsfreiheit besteht und die katholische Kirche herrscht) das Verhältnis Kirche – Staat gelöst haben. In Polen versucht ein gewisser katholischer Klerus offenbar, sich in Dinge einzumischen, die über die Seelsorge hinausgehen.

Daß Polen aber gewillt ist, mit seinen Problemen fertig zu werden, zeigt der Wahrspruch der Tausendjahrfeier: «Bylismy – jestesmy – bedziemy.» (Wir waren – wir sind – wir werden sein.)

Fußball: Moderner Kriegersatz?

Sie ist nur 30 Zentimeter groß, faltenreich gewandet, steht auf einem achteckigen Sockel und balanciert einen Goldpokal auf ihrem Haupt: Das ist Göttin Juno, die begehrte, um die sich in England Nationen und Kicker

rissen. Offiziell heißt sie Coupe Rimet, sie ist 40 000 Franken wert, wurde dieses Frühjahr gestohlen und wiedergefunden. Am 30. Juli fiel sie dem Fußballweltmeister zu, für vier Jahre.

Millionen verfolgten die Spiele an den Bildschirmen, 100 000 Fanatiker waren gen' Englang gezogen, darunter 15 000 Deutsche, 3000 Schweizer und 56 Nordkoreaner. Wenn gespielt wurde, waren abends Europas Straßen leer, Restaurants und Kinos konnten schließen, denn das Fußballfieber grassierte. Alle andern Ereignisse wurden in den Schatten gestellt: Der Krieg in Vietnam so gut wie die Heirat Brigitte Bardots mit Gunther Sachs. Man sprach von Pele, Eusebio, Haller, Beckenbauer und Seeler, man sprach von Fußball. Keine Schönheitskönigin konnte mit Garrincha konkurrieren, Männerwaden dominierten, sie kickten für die Nation.

Den einen winkten die Moneten, wenn sie gewannen, die andern kickten «bloß» um die Ehre, wer anders als die Deutschen, die ausgezogen waren, England zu erobern, entschlossen, als die «Größten» wieder heimzukehren. Die Schweiz stellte eine bescheidene Rolle im großen Kurkonzert. Ingeheim hoffte man natürlich ... Aber es war für ein kleines Land schon eine Ehre, überhaupt bei den letzten Sechzehn zu sein!

Aus Wut darüber, daß sein Fernsehgerät ausgerechnet während der Uebertragung eines WM-Spieles defekt war, erhängte sich in Offenbach der 33jährige Martin Becker in seiner Wohnung. Vorgesorgt hatte in München ein Fußballanhänger, denn er kaufte sich ein zweites Gerät, um ja nicht Gefahr zu laufen, sich auch erhängen zu müssen! Eine deutsche Firma («Neckermann macht's möglich») erzielte übrigens in den letzten Tagen vor WM-Beginn einen 15prozentigen Verkaufsanstieg bei TV-Geräten!

«Fußball wird mehr und mehr zu einem Kriegersatz», stellte die englische Wochenzeitung «New Statesman» fest. Schön wär's, keine Kriege mehr, nur noch Fußball. Nur noch Balla Balla statt Kanonen und Soldaten. Nur noch Buhlen um die Gunst Junos, der Vielbegehrten. *Otto Schmidt*

Literatur

Adler – Vater und Sohn

Wenn es keinen andern Grund gäbe, in diesen Spalten auf ein neues biographisches Werk nachdrücklich aufmerksam zu machen, wäre es die jahrzehntelange Verbundenheit Friedrich Adlers mit der sozialistischen Bewegung der Schweiz. Aber es gibt noch viele andere Gründe, Julius Brauntal für sein neuestes Buch «Victor und Friedrich Adler», Zwei Generationen der Arbeiterbewegung, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1962, 342 Seiten, Preis öst.S. 179.– höchstes Lob zu spenden. Den Lebensweg zweier bei allen